

463

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

759 5225

Zu den Wahlen der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Senat / Seiten 2 und 3

UNI-REPORT

Donnerstag, 9. Dezember 1971

JOHANN-WOLFGANG-GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 4 / Nr. 12

Auf der Sondersitzung des Konvents: Keine Beschlüsse

Die Aula war voll besetzt, als am 1. Dezember, um 10 Uhr, die Sondersitzung des Konvents zum Hochschulrahmengesetz begann. Auf der Sitzung, die oft genug in einen Wahlkampf zwischen SHB und ADS ausartete (vom 13. bis 17. Dezember sind die Wahlen zum Studentenparlament), kam es zu keiner Abstimmung.

Zunächst erläuterte Professor Krupp die Thesen der Gruppe 27, die sie in einem Papier, das in der Universität verteilt wurde, dargelegt hatten. Darin heißt es: „Wir halten die Einführung bundeseinheitlicher Grundsätze für Organisation und Struktur der deutschen Hochschulen für geboten und bejahen daher die Absicht der Bundesregierung, ein Hochschulrahmengesetz zu verabschieden... Wir begrüßen den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf in seinen Grundzügen.“ Kritik übt die Gruppe an der im Gesetz vorgesehenen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung, an der inneren Organisation der Universität (hier insbesondere plädiert die Gruppe für die Erhaltung der ständigen zentralen Ausschüsse und der Öffentlichkeit der Sitzungen), der Personalstruktur, der Mindestausstattung und schließlich der Studienreform (Regelstudienzeiten).

Wie R. Bresser (ADS) ausführte, lehne das ADS den Entwurf nicht grundsätzlich ab, wohl aber einige Paragraphen.

Während der Sitzung forderten der Präsident und Professor Krupp die linken Gruppen auf, sich inhaltlich zu äußern oder zu sagen, ob sie gegen

Frage nach den Inhalten und den gesellschaftspolitischen Bedingungen, unter denen ein solches Gesetz zustande gekommen sei, stellen. Eine „Paragraphendiskussion“ sei abzulehnen, die Linke verstehe den Kampf gegen diesen Gesetzesentwurf als einen Teil des Kampfes gegen das System an sich.

Egon Becker, Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter ging in seinen Ausführungen zunächst auf den Sinn dieser Sitzung ein und erklärte dann, daß er in der zunehmenden Zentralisierung eine Aushöhlung der Hochschulautonomie und eine Verbürokratisierung, die zu einer zentral verwalteten Universität führe, sehe. Schließlich wurde vom SHB der Antrag auf Schluß der Sitzung gestellt, in der Abstimmung jedoch abgelehnt. Gegen 13 Uhr verließen die meisten Studentenvertreter den Saal, um — wie viele Kommilitonen in der ganzen Bundesrepublik — mit einem Marsch durch die Stadt gegen das Hochschulrahmengesetz zu demonstrieren. Kurz darauf stellte der Vorstand die Beschlusunfähigkeit des Konvents fest. Die Sitzung war beendet.



Voll besetzt war die Aula bei der Sondersitzung des Konvents zum Hochschulrahmengesetz am 1. Dezember. (Foto: BOpp)

Diskussion, Parolen, Kampfansagen

Die Diskussion zum Hochschulrahmengesetz sollte in Frankfurt intensiv geführt werden. Der Konvent hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß dazu eine Podiumsdiskussion mit „führenden Vertretern des Bundeswissenschaftsministeriums und dem hessischen Kultusminister“ und eine Sondersitzung des Konvents durchgeführt werden solle.

Die Podiumsdiskussion fand am 26. November im Hörsaal V statt. Gäste waren: Dr. Klaus von Dohnanyi (SPD, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft), Professor Ludwig von Friedeburg (SPD, Kultusminister des Landes Hessen), Dr. Georg Gölder (CDU, Berichterstatter des Bundestagsausschusses für Bil-

dung und Wissenschaft zum Hochschulrahmengesetz), Rechtsanwalt Martin Grüner (FDP, Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion) und Dr. Hanna Renate Laurien (CDU, Staatssekretär im Ministerium für Unterricht und Kultus in Rheinland-Pfalz).

Auf dem mit roten Fahnen geschmückten Podium hatte man gerade noch genügend Platz für die Politiker gelassen. Nachdem der Präsident die Diskussion eröffnet hatte, wurde zunächst von einem Studenten eine Erklärung zur Demonstration gegen den italienischen Faschistenführer abgegeben, der am gleichen Tag in einem neu eingerichteten Büro in Frankfurt hatte sprechen sollen. Nach einer Schilderung der Situationen der

vierzig exmatrikulierten Studenten an der Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt begann die Diskussion schließlich mit einer Feststellung des KSV, daß die Politiker nicht kompetente Interpreten des Hochschulrahmengesetzes seien, sondern „höchstens Interpreten im Interesse des Kapitals“, und einer längeren Ausführung über den Kampf gegen das HRG.

Schließlich wurde die Frage nach der verfaßten Studentenschaft an Herrn von Dohnanyi gestellt. Seine Antwort: „Erstens: verfaßte Studentenschaften sind im Hochschulrahmengesetz vorgesehen. Schwierigkeiten innerhalb des Bundesrates; wie man weiß an der FU Berlin gibt es keine Studentenschaft. Hauptproblem in der Frage der Aufrechterhaltung des Rahmenentwurfes hier ist, wie man sich mit der Berliner Situation an der FU, wo es keine verfaßte Studentenschaft gibt, auseinandersetzt. Hier ist der Rahmengesetzesentwurf, so leid es mir tut, Herr . . . , mit Ihnen im Einklang. Zweitens haben Sie mich gefragt, warum ich den Spartakus für den Krebschaden an den Hochschulen halte, das tue ich deswegen, weil ich der Auffassung bin, daß der Spartakus undemokratisch ist, weil der Bundesvorsitzende unter anderem erklärt hat, es gibt keine friedliche Koexistenz (an dieser Stelle wurde Dohnanyi mehrfach durch Zwischenrufer unterbrochen) zwischen marxistischen und bürgerlichen Wissenschaftlern.“ Auch Herr Gölder äußerte sich zu dem Thema verfaßte Studentenschaft und meinte, es gebe vielleicht die Möglichkeit, daß „wir im Hochschulrahmengesetz beide Alternativen vorsehen und beide Möglichkeiten den Landesgesetzgebern überlassen“. Das ADS, gestört durch verschiedene Zwischenrufe, stellten Fragen nach Mitbestimmung und Verwaltung der Universität, nach der Beteiligung der Hochschule an der allgemeinen Erwachsenenbildung und der integrierten Gesamthochschule. Dohnanyi bestritt die Behauptung, daß sie mit diesem Gesetz nicht das Ziel der integrierten Gesamthochschule verfolgten.

nächsten Jahres verabschiedet werde, wie sie unter diesen Bedingungen den Kampf für fortschrittliche Lehrinhalte und Studiengänge und den Kampf gegen die Interessen des Kapitals an den Universitäten durchführen könnten.

Neben den fortwährenden Parolen, Erklärungen und Monologen der Studentengruppen zum Kampf gegen das HRG wurden an diesem Abend nur wenige konkrete Fragen an die anwesenden Politiker gestellt. So an Herrn von Friedeburg zur politischen Disziplinierung. Seine Antwort: „Wir haben ja hier vor zwei drei Jahren diskutiert über das Hessische Universitätsgesetz, und der Begriff politische Disziplinierung spielte dabei eine außerordentlich große Rolle. Jetzt darf ich doch einfach an Erfahrung appellieren, wie steht es denn eigentlich mit der politischen Disziplinierung der Studenten an den hessischen Universitäten? Diese Veranstaltung jedenfalls mit all dem, was hier artikuliert wird, scheint mir nicht gerade ein Beweis für die politische Disziplinierung zu sein. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich persönlich gegen ein Quorum an den Universitäten bin. Was ich nicht verstehe ist, daß bei Konventswahlen und bei Fachbereichswahlen nicht eine größere Zahl von Studenten eben dieses Wahlrecht in Anspruch nimmt. Ich weise darauf hin, daß beispielsweise im Hessischen Universitätsgesetz die politische Bildungsarbeit nach wie vor zur Aufgabe der verfaßten Studentenschaft gehört.“ Und zur Arbeit der Tutorien: „Tutorenveranstaltungen gehören für mich in den engen Zusammenhang der Lehrveranstaltungen, das heißt, das was hier vorgetragen wird, daß sie in der vorlesungsfreien Zeit gehalten werden sollen, halte ich durchaus für sinnvoll, da eine ergänzende Veranstaltung zu einer Veranstaltung schwerlich zur gleichen Zeit gehalten werden kann. Wenn Tutorenarbeit einen Sinn haben soll, dann doch wahrscheinlich den, für den einzelnen Studierenden, der in einer zumindest größeren Veranstaltung die Möglichkeit der eigenen Mitarbeit nicht hat, diese Möglichkeit der eigenen Mitarbeit in den ergänzenden Lehrveranstaltungen zu geben.“

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT** erscheint am 14. Januar 1972. Redaktionsschluß ist der 7. Januar 1972, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

jedes Hochschulrahmengesetz seien oder nur gegen dieses.

Für den SHB, auf dessen Initiative sich der Konvent letztlich mit dem Hochschulrahmengesetz befaßte, gab Heiner Heseler daraufhin folgende Erklärung ab: Der SHB sei nicht gegen jedes Gesetz, man müsse aber die

VDS-Vorstandsmitglied Heiner Heseler (SHB) führte aus, daß zwar zwischen den Parteien wohl noch in Detailfragen Alternativen bestünden, über die grundsätzlichen Fragen im HRG aber Einverständnis erzielt worden wäre. Es gelte darum, daß das Gesetz mit Sicherheit zu Beginn des

Wichtiges in Kürze

Entgegen anderslautenden Pressemitteilungen sind für das Sommersemester 1972 die Bewerbungen für Biologie und Chemie auch für alle hessischen Hochschulen nur über die Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber einzureichen.

Neue Sammelnummer
Ab Freitag, dem 10. Dezember 1971, entfällt die jetzige Sammelnummer des Klinikums. Die neue Sammelnummer lautet: 63 01 -1.

Die Klinikseinfahrt für Fahrzeuge wird ab 22. Dezember 1971 von der Ludwig-Rehn-Straße 14 verlegt an den Theodor-Stern-Kai 7.

Ausstellung
In der Eingangshalle der Stadt- und Universitätsbibliothek findet eine Ausstellung mit dem Titel „Nobelpreisträger 1971“ statt. Die Ausstellung, die schon zur Tradition geworden ist und zusammen von der Stadt- und Universitätsbibliothek und der Senckenberg-Bibliothek durchgeführt wird, zeigt die Werke der Preisträger ihre Biographien, Zeitafeln und Erklärungen zu den Forschungsobjekten und Ergebnissen. Nobelpreisträ-

ger dieses Jahres sind: Willy Brandt (Friedensnobelpreis), Pablo Neruda (Nobelpreis für Literatur), Denis Gabor (Nobelpreis für Physik), Gerhard Herzberg (Nobelpreis für Chemie),

Earl Wilbur Sutherland (Nobelpreis für Medizin) und Simon Kuznets (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften). Die Ausstellung ist geöffnet bis kurz vor Weihnachten.

Studentenparlament

Vom 13. bis 17. Dezember 1971 finden an der Johann Wolfgang Goethe-Universität die Wahlen zum Studentenparlament statt (siehe UNI-REPORT Nr. 11).

Wahllokale sind:
Stimmbezirk 1: (Fachbereich Rechtswissenschaften) Juridicum Cafeteria
Stimmbezirk 2: (Fachbereich Wirtschaftswissenschaften) Vorraum des Dekanats des FB Wirtschaftswissenschaften, Hauptgebäude Erdgeschoß.
Stimmbezirk 3: (die Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften, Psychologie, Religionswissenschaften, Philosophie, Geschichte, ost- und außereuropäische Sprachwissenschaften) Vorraum des Dekanats des FB Wirt-

schaftswissenschaften, Hauptgebäude, Erdgeschoß.
Stimmbezirk 4: (die Fachbereiche Erziehungswissenschaften, Klassische Philologie, Neuere Philologie) Philosophicum, Gräfstraße 76, Erdgeschoß.
Stimmbezirk 5: (Mathematik, Physik, Chemie, Biochemie, Biologie, Geowissenschaften, Geographie) Neues Hörsaalgebäude, Erdgeschoß, Gräfstraße.
Stimmbezirk 6: (Humanmedizin) Klinikmensa.
Die öffentliche Stimmauszählung findet am 17. Dezember im Hörsaal VI ab 16.30 Uhr, statt.
Zur Wahl stellen sich die Listen:
Liste 1: SHB; **Liste 2:** ADS; **Liste 3:** Spartakus; **Liste 4:** RCDS/KU; **Liste 5:** KSV; **Liste 6:** KSGML; **Liste 7:** Chemie Sekundarstufe 1.

Demokratische Liste

Mitglieder des Rats der Nichthabilitierten

Liste 3

Der Anlaß der Wahl

„Ich bestätige Ihnen gerne“, so antwortete am 29. Juni 1971 die Rechtsabteilung des Präsidenten auf eine Anfrage des ehemaligen Ratsvorsitzenden Karl Haubold, „daß keine rechtlichen Bedenken bestehen, die Vertreter der Wissenschaftlichen Bediensteten (im Senat) unter Anwendung der Satzung der Nichthabilitierten zu bestimmen, denn nach § 17 II HUG sind diese von der Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten zu wählen. Wie diese Wahl zu gestalten ist, bleibt der Entscheidungsfreiheit der einzelnen Gruppe überlassen.“ Diese Auslegung wurde denn auch zur Grundlage des weiteren Verfahrens. Der RNH, nach Ablauf seiner Amtsperiode neu gebildet, wählte seinerseits die Senatsvertreter der Assistenten. Anstoß erregte diese Aktivität allerdings; erklärlich genug: der Wahlmodus des Rats (Assistentenversammlungen zur Bestimmung der Mitglieder, Mehrheitswahlen im Rat) bewirkten liberale und linksliberale Orientierungen. Herr Enzensberger jedenfalls hatte die Konsequenz gezogen, die Einberufung einer Assistentenversammlung in der — damals noch bestehenden — Philosophischen Fakultät zu verweigern, um nun als Gast in der ersten Senatssitzung zu erscheinen; mit der These, den Assistenten mangle die Legitimation.

Der Präsident mochte sich diesen Bedenken nicht verschließen. Am 10. September schrieb er an den ehemaligen (!) und am 4. Oktober (!!) an den amtierenden Ratsvorsitzenden, daß er „bis zum Beginn des WS“ (also während der Ferien (!!!)) eine Neubildung des RNH „erwarte“ (die Einladung zur ersten Senatssitzung erging am 12. Oktober).

Aber das Interesse an einem neuen Rat erlahmte schnell. Am 19. Oktober, in einer vom Präsidenten telefonisch einberufenen Zusammenkunft mit Vertretern des Rates und der rechten Konventsfraktion, war ein neuer Vorschlag da; jetzt endlich legte man auch die vom Kultusminister und den hessischen Universitätspräsidenten gebilligte Auslegung des HUG vor: § 17 II sei i. V. m. § 14 II zu lesen, die Assistenten im Senat also durch eine Urwahl zu bestimmen. Irren ist menschlich, bescheinigten sich Präsident und Rechtsberater. Aber man wußte eine Lösung: Der Minister sei bereit, Assistenten kommissarisch zu ernennen. Der Präsident war seinerseits bereit, entsprechende Vorschläge zu machen; nur: Unter den Kommissaren müßten drei durch die rechten Konventsfraktionen gebilligt werden. Und dies war der Anlaß der Wahl: Der RNH verweigerte bei diesem Manöver seine „Mitarbeit“. Der äußerliche Anlaß allerdings nur; ein wie sehr vorgeschobener ergab sich in der Senatssitzung am 21. Oktober: Der Senat sollte überraschend über die Bildung einer Kommission für das Didaktische Zentrum beschließen. Die sechs Stimmen der Assistenten, bisher bei den ohnehin uninteressanten Abstimmungen im Senat eine quantität négligeable, bedeuteten offenbar plötzlich ein schwer kalkulierbares Risiko.

Überhaupt scheint ein straffes timing zu den organisatorischen Prinzipien der Universitätsverwaltung zu gehören: 26 Stunden Zeit gab man für eine druckfertige Selbstdarstellung im Uni-Report. Wir werden diese Darstellung nachholen müssen; denn wir sind weder hauptamtlich als Organisatoren tätig, noch bereit, allen Angeboten eilfertigst zu folgen. Aber zur Bedeutung der Wahl seien einige Bemerkungen getan.

Die Bedeutung der Wahl

Vermutlich fand an der Frankfurter Universität nach nie eine Wahl statt, bei der das Mißverhältnis zwischen organisatorischem Aufwand und politischer Bedeutung so eklatant war, wie bei der anstehenden Wahl der Senatsvertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Mittels perfektionistischer Wahlordnung und formalisiertem Verfahren werden sechs wissenschaftliche Mitarbeiter in ein Gremium entsandt, das fast keinerlei Entscheidungskompetenzen besitzt. Nach § 16 Abs. 1 HUG ist der Senat „zuständig für übergreifende Fragen der Fachbereiche, soweit nicht eine andere Zuständigkeit durch Gesetz oder Satzung bestimmt ist.“ Da andere Universitätsorgane, insbesondere die vier Ständigen Ausschüsse, weitgehende Entscheidungskompetenzen besitzen, verbleibt dem Senat lediglich ein „Vorschlagsrecht“ (für die „Bildung und Änderung der Fachbe-

reiche“ und die „Errichtung von wissenschaftlichen Zentren“), Koordinierungsaufgaben (für „Lehr- und Studienangelegenheiten“ und die Forschungsprogramme von Fachbereichen und wissenschaftlichen Zentren), eine Zustimmungskompetenz (zu Habilitations-, Promotions- und anderen akademischen Prüfungsordnungen), eine Richtlinienkompetenz (für Geschäftsordnungen, Habilitations- und Promotionsordnungen der Fachbereiche) und das Recht der Stellungnahme zu den Berufungs- und Ernennungsvorschlägen für Professoren.

Die Vorgänge, die zu der Neuwahl der sechs Senatsvertreter des Mittelbaus führten, zeigen jedoch, daß der Senat eine, wenn auch beschränkte politische Bedeutung besitzen kann. Zwar stehen den sechs Mittelbau- und den sechs Studentenvertretern die 19 Dekane der Fachbereiche und zwei Prodekane des Fachbereichs Medizin und der Vizepräsident gegenüber; doch besteht die Möglichkeit, daß durch die Wahl liberaler Dekane eine Senatsmehrheit zustande kommt, die nicht mit den politischen Mehrheitsverhältnissen an der Universitätsspitze übereinstimmt; dies war vor

Vom 14. bis zum 16. Dezember finden die Wahlen der wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität statt.

Wahllokale sind:

Stimmbezirk 1 (für die wissenschaftlichen Mitarbeiter im Kerngebiet einschließlich aller Außenstellen): Senckenberganlage 31-33 (Juridicum) Erdgeschoss, Südtel.

Stimmbezirk 2 (für die wissenschaftlichen Mitarbeiter des FB Humanmedizin und der Kliniken): Personalkasino.

Auf dieser und der folgenden Seite veröffentlichen wir neben den fünf Listen auch die Stellungnahmen der Listenvertreter zu den Senatswahlen.

der Anfechtung der Legitimation der Mittelbauvertreter der Fall. Im Senat war eine Koalitionsbildung zwischen fortschrittlichen Dekanen, linken und liberalen Mittelbau- und Studentenvertretern möglich. Dadurch bestand für die regierende Koalition von Rechtsliberalen und Konservativen die Gefahr, daß der Senat eine politische Funktion bekommt, die nicht mehr von Präsident Kantzenbach und Fraktionsführer Krupp zu bestimmen ist.

Und darum geht es bei der Wahl:

Soll der Senat ein Gremium sein, in dem gemeinsame Interessen der Fachbereiche formuliert und gegenüber der Universitätsspitze vertreten werden oder findet auch hier eine politische Gleichschaltung qua Neutralisierung statt? Der Mittelbau bildet das Zünglein an der Waage. Falls es den Konservativen und Rechtsliberalen in der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter gelingt, so viele Stimmen zu sammeln, daß die Mittelbauvertreter gespalten votieren, dann herrschen im Senat die gleichen Mehrheiten wie im Konvent und in den Ständigen Ausschüssen. Die Gleichschaltung aller Spitzengremien der Frankfurter Universität ist hergestellt.

Listen der wissenschaftlichen Mitarbeiter

Wahlvorschläge für die Wahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Senat

Kennwort: MiS

- Grathwohl, Manfred
- Pfeiffer, H. Joachim
- Duttlinger, Johann
- Mrowka, Michael
- Schappel, Renate
- Keim, Dieter
- Adasch, Norbert
- Hafer, Eberhardt

Kennwort: ANH

- Lindner, Inge
- Usadel, Klaus Henning
- Ewert, Marten

NIK im Senat

Liste 5

Vom 14. bis 16. Dezember 1971 findet die Wahl der sechs Assistentenvertreter im Senat statt. Damit wird, nach dem Konvent, den Ständigen Ausschüssen und den Fachbereichskonferenzen nunmehr auch das letzte der vom Hessischen Universitätsgesetz vorgesehenen Selbstverwaltungsorgane in Tätigkeit gesetzt.

Die Funktionsfähigkeit des Senats hängt freilich am wenigsten von dem formalen Akt des Zusammentritts dieses Gremiums ab. Entscheidend ist vielmehr seine politische Zusammensetzung. Dabei kommt den Assistentenvertretern eine Schlüsselposition zu. Die politische Einstellung der Mehrheit der Fachbereichsdekane, die dem Senat von der Professorenseite angehören, ist schwer einzuschätzen, jedenfalls nicht von vornherein irgendwie festgelegt. Bei den, ebenfalls noch zu bestimmenden Studentenvertretern wird die Linke überwiegen. Die Assistentenvertreter dürften also bei allen wichtigen Entscheidungen den Ausschlag geben. Jeder wissenschaftliche Mitarbeiter sollte sich darüber im klaren sein und daraus die allein mögliche Konsequenz ziehen: daß er sich nämlich unter allen Umständen an dieser Wahl beteiligen muß.

Woran kann sich der Wähler orientieren? Er hat sich zunächst zu orientieren an den im HUG niedergelegten Befugnissen des Senats. Danach hat der Senat, kurz gesagt, die Tätigkeit der Fachbereiche zu koordinieren. Fachbereiche und Senat gehören also unmittelbar zusammen. Der Senat steht aber nicht nur zu den Fachbereichen, sondern auch zu den zentralen Gremien der Universität in Beziehung, insbesondere zu den Ständigen Ausschüssen, die die Generallinie der Universitätspolitik festlegen. Er stellt gewissermaßen einen Umschlagplatz zwischen den Fachbereichen und den Ständigen Ausschüssen dar.

Hiervon ist auch jenes Problem betroffen, das die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter heute verständlicherweise in besonderem Maße bewegt: das Problem der Überleitung in die neue Personalstruktur, das zugleich einen Prüfstein abgibt für die Richtung der zukünftigen Frankfurter Universitätspolitik überhaupt. In den Fachbereichen werden gegenwärtig, auf der Basis von Empfehlungen der Ständigen Ausschüsse für Haushalts- und Organisationsfragen, Funktionspläne aufgestellt und Überleitungsanträge verabschiedet. Diese Fachbereichsbeschlüsse werden demnächst von den beiden genannten Ständigen Ausschüssen auf ihre sachliche Konsistenz hin überprüft. Hierbei bleibt jedoch die Beurteilung ad personam ausgeklammert. Diese obliegt vielmehr dem Senat. Mit anderen Worten: der Senat nimmt abschließend zu den individuellen Überleitungsanträgen Stellung. Dies betrifft zunächst die Anträge auf Überleitung in Professuren, von denen sich aber die Überleitungsanträge für Dozenten und wissenschaftliche Bedienstete nicht trennen lassen. Der Senat ist damit für den einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter die letzte Instanz. Was dies angesichts der Schlüsselposition der Assistentenvertreter im Senat bedeutet, dürfte jedermann klar sein.

NIK, die bereits durch eine Fraktion im Konvent vertreten ist und in drei Ständigen Ausschüssen sowie in den Fachbereichen mitarbeitet, hat für die Senatswahl eine Liste mit Bewerbern aus einer Vielzahl von Fachbereichen aufgestellt. Sie tut dies aus dem Bewußtsein heraus, daß sich ihre bisherige Politik praktisch bewährt hat, daß diese bewährte Politik, wegen des inneren Zusammenhangs aller Universitätsorgane, nunmehr auch im Senat fortgesetzt werden muß und daß sie für die Probleme, die in dem

neuen Senat vordringlich anstehen, ein brauchbares Konzept anbieten kann.

Worin besteht unsere Politik? NIK ist unter dem Programm angetreten, daß die drohende Polarisierung unserer Hochschulpolitik in ein reaktionäres und ein linksutopisches Lager bekämpft und daß, auf der Grundlage des HUG, der Weg einer realistischen Reform beschritten werden muß. Unsere bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß dies gegenwärtig vor allem eine scharfe Abgrenzung gegenüber gewissen linken Gruppen erfordert. Die wenigen kooperationswilligen Linken aus den Reihen der IDH sind inzwischen längst zu Galionsfiguren einer Bewegung geworden, die zur konstruktiven Zusammenarbeit in den Universitätsgremien nicht mehr bereit ist und statt dessen den revolutionären Kampf gegen das herrschende System proklamiert. Es ist kennzeichnend, daß die linken Assistenten heute für die Senatswahl eine undifferenzierte Einheitsliste präsentieren, die sogenannte „Demokratische Liste“, die objektiv nichts anderes darstellt als einen Exponenten für die Politik der radikalen Verweigerung.

Auf der anderen Seite wäre es illusionär anzunehmen, daß die Macht der reaktionären Intransigenz und damit der reaktionären Verweigerung bereits gebrochen ist. Im Gegenteil, diese Kräfte bekommen in demselben Maße Auftrieb, in dem der Linksradikalismus an Boden gewinnt. Wohl aber ist es richtig, daß die Reaktion den liberalen Tendenzen heute noch unterlegen ist. NIK hat bisher erfolgreich dazu beigetragen, dieses liberale Potential zu verstärken und damit die Hochschulreform praktisch einzuleiten. Sie ist gewillt, diese Politik einer kritischen Zusammenarbeit mit dem liberalen Lager auch im Senat fortzuführen. Was bedeutet dies für die Probleme, über die der Senat demnächst zu entscheiden hat? Ich möchte dies verdeutlichen am Problem der Überleitung. Die Linken haben an dieser Frage im allgemeinen kein sonderliches Interesse; sie verschweigen, daß es eine Hochschulreform, insbesondere eine Lehr- und Studienre-

form, ohne angemessene Personalstruktur nicht geben kann. Demgegenüber geistern in bestimmten Ordinarienkreisen, aber auch im Kultusministerium Vorstellungen herum, die auf eine Festschreibung der überkommenen hierarchischen Struktur unter neuem Namen hinauslaufen. NIK wird nicht aufhören, in dieser Auseinandersetzung jenes Programm anzumelden, das sie mit Erfolg bereits in den Ständigen Ausschüssen und in den Fachbereichen vertreten hat und das sich auf die Forderungen reduzieren läßt: Jeder, bisher selbständige Lehre betrieb hat, soll Professor werden, und zwar ohne jede funktionelle Abqualifizierung gegenüber den bisherigen Ordinarien und ohne Benachteiligungen, die sich aus dem Beamtenrecht ergeben; die Dozenten neuen Stils sollen optimale Möglichkeiten zur weiteren wissenschaftlichen Qualifikation erhalten; die wissenschaftlichen Bediensteten sollen lediglich sachgebundene und daher jederzeit rational nachprüfbar Funktionen wahrnehmen und Gelegenheit zur angemessenen wissenschaftlichen Fortbildung haben.

Diese Forderungen beruhen auf der Einsicht in die Notwendigkeit einer Lehr- und Studienreform, die sich leiten läßt von der dialektischen Zusammengehörigkeit von politisch-gesellschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Reflexion. Die Effektivität der neuen Personalstruktur hängt entscheidend von der Durchführung dieser Reform ab. In diesem Zusammenhang muß unser Hauptinteresse der Diskussion um das Didaktische Zentrum gelten, die bisher in den Ständigen Ausschüssen geführt worden ist, aber jetzt auch auf den Senat überzugreifen beginnt. Das Didaktische Zentrum darf weder, wie die Linken es wollen, der stupiden Indoktrination eines dogmatischen Wissenschaftsverständnisses dienen noch auch, wie sich das so einige Herren vom anderen Flügel vorstellen, der praktischen Abtrennung der Fachdidaktiken von den Wissenschaften; es hat vielmehr, auf verschiedenen Stufen, von der Wissenschaftstheorie bis zur Schuldidaktik, didaktische und wissenschaftliche Fragestellungen zu verbinden und damit den Fachbereichen zusätzliche Impulse für ihre konkrete Arbeit zu geben. NIK ist entschlossen, diesen ihren bisherigen Standpunkt auch im Senat zu propagieren. Ulrich Muhlack

Termine

- 9. Dezember 1971 Ständiger Ausschuß für Haushaltsangelegenheiten, 14.30 Uhr, Senatssaal.
- Fachbereichskonferenz Humanmedizin, 14.15 Uhr, Verwalt. Gebäude, Uni-Kliniken, Zimmer 212.
- 14. Dezember 1971 Ständiger Ausschuß für Organisationsfragen 14 Uhr c. t., Senatssaal.
- 16. Dezember 1971 Ständiger Ausschuß für Haushaltsangelegenheiten, 14.30 Uhr, Senatssaal.
- 17. Dezember 1971 Ständiger Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten, 14 Uhr c. t., Senatssaal.
- 16. Dezember 1971 9 bis 18 Uhr Mitgliederversammlung der Hochschulvereinigung für das Fernstudium (HVF) in der Aula.
- 16. bis 18. Dezember 1971 Medien-

technisches Seminar der HVF in der Aula mit einer Ausstellung im 1. Stock des Juridicums.

Ringvorlesung Umweltforschung

- 15. Dezember: W. P. Lötterschert, Pflanzen als Indikatoren für Luftverunreinigungen
- 12. Januar: K. Egle, Experimentelle Ermittlung von Schädigungsgrenzwerten am Beispiel des Schwefeldioxyds
- 19. Januar: M. Wolk, Wirkungen von Umwelttoxinen auf biologische Gleichgewichtssysteme
- 26. Januar: K. Dose, Biochemische Wirkungsmechanismen atmosphärischer Verunreinigungen
- 2. Februar: W. Pohlitz, Ionisierende Strahlung als Umweltfaktor

Kennwort: NIK

- Redhardt, Reinhard
- Rebentisch, Dieter
- Pons, Friedrich Willi
- Böhme, Günther
- Leimbach, Rüdiger
- v. Hoerschelmann, Detlef
- Altwickler, Norbert
- Stumpf, Peter
- Schlosser, Horst Dieter
- Muhlack, Ulrich

Kennwort: CDUSPD

- von Freyberg, Hans Georg
- Giebenhain, Gerhard
- Eckel, Wolf-Dietrich

- Brehm, Helmut
- Becker, Hans-Jürgen
- Timm, Charlotte
- Scheer, Brigitte
- Schleip, Alfred
- Schäfer, Gerd
- Groeneveld, Karl-Ontjes
- Oehr, Peter
- Dietz, Eberhard
- Fischer, Manfred
- Müller, Helmut

Kennwort: Demokratische Liste/Mitglieder des Rates der Nichthabilitierten

- Joerges, Christian
- Harting, Norbert
- Schmidt, Wolfgang

Zur Bundesdelegierten-Versammlung des SHB

Auf der 12. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des SHB hat sich der größte Studentenverband der Bundesrepublik in zwei organisatorisch voneinander getrennte Fraktionen gespalten. Der Frankfurter Mitgliedsgruppe des SHB wird hier Gelegenheit gegeben, dazu ihre Meinung zu äußern.

Nach den Diskussionen und Entscheidungen auf der 12. o. Bundesdelegiertenversammlung des SHB ist der SHB kein einheitlicher Bundesverband mehr. Die Verabschiedung eines vorläufigen Grundsatzprogramms, das auch für unsere Politik verbindlich sein sollte, macht uns eine weitere organisatorische Zusammenarbeit mit der Bonn/Hamburger Fraktion unmöglich. Die Diskussion der letzten eininhalb Jahre hat zunehmend deutlich gemacht, daß grundlegende Differenzen in den theoretischen Positionen und der praktischen Politik zwischen beiden Fraktionen bestehen. Grundlage dieser Polarisierung ist die Bestimmung der Position des SHB innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Wir gehen davon aus

— daß der SHB zur Durchsetzung sozialistischer Hochschulpolitik breite Aktionseinheiten herzustellen hat

— daß er Bündnisse mit anderen sozialistischen Gruppen daran messen muß, ob sie dem aktuellen Kampfziel dienen oder nicht

— daß er in diesen Aktionseinheiten die eigene politische Position offensiv zu vertreten hat.

Im Gegensatz zur sozialistischen Fraktion im SHB-Bundesverband, deren Gruppen teils allein, teils in Koalitionen mit sozialistischen, linksliberalen, manchmal auch mit Spartakusgruppen stets unter Betonung ihrer eigenen Position arbeiten, hat die Bundespolitik der Hamburg/Bonner Fraktion dazu geführt, den MSB Spartakus, dem nach dem SHB größten überregionalen sozialistischen Studentenverband, zu stärken. Auf der BDV wurde die von uns geforderte kritische Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis des Spartakus insbesondere seiner bisher praktizierten Bündnispolitik, der von ihm vertretenen Politik des antimonetaristischen Kampfes und seinem Verhältnis zu den bestehenden „sozialistischen Systemen“ und anderem nicht geführt.

Tatsächlich ist jedoch die solidarische Kritik und Selbstkritik Grundvoraussetzung für die Stärkung der sozialistischen Bewegung und für den Abbau des Antikommunismus in der BRD. Um den Zusammenhang zwischen dem Kampf an der Hochschule

und dem Kampf der Arbeiterklasse um die Durchsetzung ihrer objektiven Interessen aufzuzeigen, hat der SHB die Aufgabe innerhalb der Studentenschaft, die Funktion der Gewerkschaften als Interessenvertretung und Organisation der Arbeiterklasse darzustellen und neben der Zusammenarbeit zum Beispiel mit der DGB-Jugend oder der Mitarbeit innerhalb der GEW durch betriebsnahe Bildungsarbeit den Kampf der Arbeiterklasse um ihre materiellen und politischen Interessen in den Gewerkschaften zu unterstützen.

Wir gehen jedoch davon aus, daß zwischen Betriebskampf und Hochschulkampf prinzipielle Unterschiede bestehen; folglich ist es falsch, den Inhalt von Hochschulpolitik im Rahmen der falsch verstandenen gewerkschaftlichen Orientierung der Bonn/Hamburger Fraktion ausschließlich darin zu sehen, das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten vornehmlich durch unmittelbare Übernahme von Forderungen aus dem Betriebskampf in den Hochschulkampf herzustellen. So gewinnt für uns die Forderung nach Mitbestimmung an der Hochschule ihren politischen Stellenwert nicht alleine dadurch, weil sie auch von den Gewerkschaften in den Betrieben gestellt wird, sondern hauptsächlich im Zusammenhang mit der Forderung nach Durchsetzung antikapitalistischer Ausbildungsinhalte, die die Studenten vorbereiten auf eine Berufspraxis, in der sie soweit wie möglich den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen und mit vorantreiben können.

Die sozialistische Fraktion, zu der 21 von 56 auf der BDV vertretenen Gruppen und über 40 Prozent der Delegierten gehören, hat sich innerhalb des SHB als Fraktion konstituiert und wird auf der Grundlage des von uns vorgelegten Grundsatzpapiers und der Anträge ihre weitere Politik vorantreiben. Ein Schwerpunkt wird dabei die verstärkte Einflußnahme auf die Politik des VDS sein. Wir werden durch unsere Politik in den Asten der Universitäten Göttingen, Bochum, Gießen, Frankfurt, Bremen, PH Oldenburg und anderen dazu beitragen, den VDS als studentischen Dachverband zu stärken und neu zu orientieren.

Die momentane mehrheitliche Besetzung der Gremien des VDS durch MSB Spartakus und die Bonn/Hamburger SHB-Fraktion hat zur Aufgabe des Bündnischarakters der VDS-Politik geführt. Zum Beispiel wurde durch Mehr-

heitsentscheidungen im VDS-Vorstand der Abdruck eines Artikels zur 2500-Jahr-Feier des Schah-Regimes einiger Asten der sozialistischen SHB-Fraktion im VDS-Press verhindert, der die Funktion der Teilnahme von Vertretern kapitalistischer und auch sozialistischer Staaten an den Feierlichkeiten analysierte.

Trotz aller Vorfälle wird die sozialistische Fraktion auch weiterhin im SHB inhaltlich über die theoretische Position und die praktische Politik des SHB diskutieren, um andere Gruppen, auch an PHs und Fachschulen, von ihrer Politik zu überzeugen.

Deshalb haben wir folgende politische und organisatorische Konsequenzen gezogen:

Wir konstituierten uns im SHB als Sozialdemokratischer Hochschulbund (Sozialistische Fraktion), da wir nicht weiter in einem einheitlichen Bundesverband auftreten können, wo die von uns mit positiven Inhalten gefüllte Voraussetzung für die Einheit, nämlich die Klarheit, nicht gegeben ist.

Das bedeutet, daß wir unsere Mitarbeit in den offiziellen Gremien des SHB einstellen, daß wir die Beschlüsse der 12. o. BDV aus diesen inhaltlichen Gründen nicht akzeptieren können. Wir haben als inhaltliche Grundlage unserer weiteren Arbeit als Sozialdemokratischer Hochschulbund/Sozialistische Fraktion an der Hochschule, in der SPD und in den Gewerkschaften unsere zur BDV vorgelegten Anträge in unserer Fraktion einheitlich verabschiedet.

Die organisatorische Sicherstellung der Arbeit als Fraktion wird gewährleistet durch einen Koordinationsrat, in welchem je ein Vertreter der unserer Fraktion angehörenden Gruppen delegiert wird, einem aus drei Personen bestehenden Organisationsausschuß, der bereits von den Gruppen gewählt wurde, und einer hauptamtlichen Geschäftsführung.

Die Vorgänge auf der BDV haben für die personelle und politische Kontinuität der Frankfurter Gruppe keine negativen Auswirkungen gehabt. Wir werden die Grundlagen zur Strategieentwicklung der Sozialistischen Fraktion (erschienen im Diskus-Verlag), an deren Formulierung die Frankfurter Gruppe erheblichen Anteil hatte, in der Mensa verkaufen und mit gewohnter Kontinuität in unseren Zeitungen und Flugblättern unsere konkreten Vorstellungen zur Politik an dieser Universität darstellen.

Eberhard Zimmermann (ASTA-Vorsitzender)

Aktion neue Hochschule

Die ANH stellt sich vor

Liste 2

Mit ihren Kandidaten für den Senat:

1. Inge Lindner, Jahrgang 1943; Studium der Psychologie, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main; Diplom-Psychologin; seit 1968 Verwalterin einer wissenschaftlichen Assistentenstelle im Psychologischen Institut II; verheiratet, 1 Kind. Mitglied der FDP und der Jungdemokraten seit 1963, des LSD von 1963 bis 1969; 1964/65 Mitglied des Studentenparlaments; 1970/71 Mitglied des Rates der Nichthabilitierten. Gründungsmitglied der ANH.

2. Klaus-Henning Usadel, Jahrgang 1939; Studium der Medizin; Staatsexamen 1968; MP in Bonn; seit März 1970 Assistent am ZIM; Mitglied des Direktoriums des ZIM.

3. Marten Ewert, Jahrgang 1941; Studium der Pharmazie in Frankfurt am Main; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Pharmazeutische Chemie; Mitglied des Konvents; stellvertretendes Mitglied des Organisationsausschusses; Mitglied der FBK Biochemie und Pharmazie.

4. Helmut Brehm, Jahrgang 1937; Studium der Physik und Mathematik in Frankfurt am Main; Promotion 1970; Assistent im Institut für Angewandte Physik; stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses des Konvents; Mitglied der FBK Physik und des FB Haushaltsausschusses.

5. Hans-Jürgen Becker, Jahrgang 1935; Studium der Medizin; Staatsexamen 1961; seit 1965 Assistenzarzt; Lehrtätigkeit seit 1967; seit 1971 Facharzt; Mitglied des Konvents; Mitglied des Direktoriums des ZIM und der Sonderkommission für Überleitungsfragen.

6. Charlotte Timm, Jahrgang 1944; Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Frankfurt am Main; seit 1970 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht I; Mitglied der FBK Rechtswissenschaften, und weitere 8 Kandidaten.

Mit ihren Zielen für den Senat:

Der Senat ist zuständig für alle fachbereichsübergreifenden Fragen. Er ist damit Kooperationsforum, aber auch Kontrollorgan der Fachbereiche. Die Vertreter der ANH werden sich einsetzen für:

● Die Zusammenwirken aller Fachbereiche bei der Durchsetzung der Interessen der Lehrenden und Lernenden gegenüber der Kultusbürokratie. Insbesondere werden wir auch in diesem Gremium auf eine rasche und angemessene Durchführung der Personalüberleitung hinarbeiten (und zwar ohne daß künftige Dozenten im FB Medizin als Lohn für ihre Mehrarbeit in der Lehre auch noch Gehaltseinbußen hinnehmen müssen).

● Die Korrektur von Fehlentscheidungen bei der Einrichtung der Fachbereiche.

● Die Bildung Wissenschaftlicher Zentren und die Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen. Gleichzeitig wenden wir uns jedoch mit aller Entschiedenheit gegen Versuche, unter dem Etikett „Koordination von Forschungsaufgaben“ die Majorisierung unliebsamer Wissen-

schaffler und die Gleichschaltung (in welcher Richtung auch immer) von Forschergruppen zu erreichen.

● Die Schaffung von Promotions- und Habilitationsordnungen, die eine objektive und sachliche Bewertung von Bewerber und Arbeit sicherstellen und dem internationalen Standard entsprechen; das heißt, es darf weder die blinde Gefolgschaft für den „Doktorvater“ und die unkritische Einordnung in Institutshierarchien noch das „richtige Bewußtsein“ und der Gebrauch gewisser Phrasen als hinreichender Qualifikationsnachweis angesehen werden.

Mit ihrem Grundsatzprogramm:

Die Aktion Neue Hochschule (ANH) erstrebt eine aktive Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung und beteiligt sich mit eigenen Kandidaten an den Wahlen zu den Organen der Universität.

Durch ihre hochschulpolitische Aktivität will die ANH zur Universitäts- und Studienreform beitragen. Ziel dieser Reformarbeit ist eine Universität, die in effektiver Weise ihre Aufgaben in der Forschung und in der

Beat-Poster

ein Plakatkalender 50 × 70 cm, 13 Blatt der bedeutendsten Beat-Bands und Beatkönige der Welt. Preis: 19,80 DM.

Aus dem Dr. Wolfgang Schwarze Verlag, Wuppertal 2. Im Buchhandel erhältlich.

Ausbildung eines fachlich qualifizierten und seiner staatsbürgerlichen Verantwortung bewußten akademischen Nachwuchses erfüllt.

Allen in der Forschung Tätigen muß es freistehen, Gegenstand und Methode ihrer Arbeit selbst zu entwickeln. Die Forschung muß für eine Pluralität von Zwecken offen sein. Wichtigste Grundlage hierfür sind Toleranz und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein aller Universitätsangehörigen. Weder die Konservierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse noch deren Umsturz können verbindliche Leitlinien der Forschung sein.

Ihren Lehraufgaben kann die Universität nur gerecht werden, wenn ein optimales Verhältnis zwischen der Freiheit der Lehrenden und Lernenden einerseits, sowie der Erfüllung der berufsbezogenen Ausbildungsbedürfnisse der Studenten andererseits erreicht wird. Die Freiheit der Lehre setzt eine gesicherte persönliche Stellung aller Lehrenden voraus. Den Ausbildungsbedürfnissen ist durch entsprechende Studien- und Lehrpläne und eine grundlegende Reform der Unterrichtsmethoden Rechnung zu tragen.

CDUSPD

Liste 4

Die CDUSPD versteht sich, wie der Name schon sagt, als überparteilich, was Parteipolitik an der Hochschule angeht. Von den beiden Spitzenkandidaten ist der eine engagierte SPD-der andere engagierte CDU-Mitglied. Folgerichtig setzen wir unsere Akzente hochschulpolitisch und verzichten dabei sowohl auf schicke stalinistische beziehungsweise neoliberale Fensterreden in Arbeitsgremien. Wir treten ein für demokratische Hochschulinstitutionen, was automatisch das Pluralitätsprinzip in sich schließt. Die CDUSPD setzt sich ein für die Verteidigung der Hochschulautonomie nach innen und außen. Aus diesem Grunde lehnen wir auch Fraktionszwang in jeder Form entschieden ab. Ein besonderes Übel sehen wir im Profektionsprinzip bei Personalentscheidungen. Die Universität ist kein Selbstbedienungsladen für Hochschulpolitiker, gleich welcher Gehaltsstufe.

UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt. Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, 6 Frankfurt 1, Senckenberganlage 31, Telefon 7 98—25 31 oder 24 72. Fernschreibanschuß 0413932 unif d. Redaktion U. Günther.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 20 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt verteilt. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. 10. 1971 gültig. — Druck: Union-Druckerei, 6 Frankfurt a. M.

Gegen Konzept zur Professorenbesoldung

Mit Kampfmaßnahmen wollen sich die in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierten wissenschaftlichen Assistenten gegen die Durchsetzung der Vorschläge der Kultusministerkonferenz für eine Neuordnung der Besoldung im Hochschulbereich wenden.

Die Ministerpräsidenten hatten im April vergangenen Jahres die Kultusministerkonferenz aufgefordert, zusammen mit den Innenministern der Länder Vorschläge zur Vereinheitlichung der Besoldung im Hochschulbereich zu entwickeln. Das KMK-Konzept, das von der Innen-

ministerkonferenz noch beraten werden muß, soll am 9. Dezember Gegenstand einer Anhörung sein. Das Modell der KMK sieht vor, daß es künftig an den Hochschulen acht Besoldungsstufen geben soll: die Gruppe A 13 bis A 16 für Akademische Räte, Oberräte und Direktoren und die Gruppe H 1 bis H 4 für Assistenzprofessoren und Lebenszeitprofessoren. Neben der Frage der Zuschüsse der Professoren der Besoldungsgruppe H 4 und Vorschlägen für die Überleitung der jetzigen Lehrkräfte an den verschiedenen Hochschularten in die neue Besoldungsstufen enthält das Konzept

einen Vorschlag für die Lehrverpflichtung der Professoren. Danach sollten sie bei „ausschließlicher Lehrtätigkeit“ bis zu 18 Wochenstunden, bei „fast ausschließlicher Lehrtätigkeit“ bis zu 16 Wochenstunden, bei „überwiegender Lehrtätigkeit“ bis zu 12 Wochenstunden und bei „anteilmäßig etwa ausgeglichener Lehr- und Forschungstätigkeit“ bis zu 8 Wochenstunden pro Semester unterrichten. Bei Professoren in künstlerischen Fächern sollen diese Zahlen jeweils 24, 22, 20 und 16 Semesterwochenstunden betragen.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten die Bundesassistentenkonferenz und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, mit diesem Besoldungskonzept versuche die Kultusministerkonferenz, die Hochschulreform zu unterlaufen und die alte Hierarchie in der Hochschullehrerschaft mit dem Mittel der Besoldung zu erhalten. Die Reform solle auf einen schon überwunden geglaubten Stand zurückgedreht werden, erklärte der GEW-Vorsitzende Erich Frister. Der BAK-Vorsitzende Holger Asche betonte, mit dem KMK-Konzept würden die Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb der Gruppe der Lehrenden beibehalten.

Ascher erklärte, das KMK-Konzept habe die „Entwissenschaftlichung“ der Hochschulen und eine Dequalifizierung eines großen Teils des Lehrkörpers zufolge. Vor allem protestiere die BAK auch gegen die Einführung ausschließlich lehrender Hochschullehrer mit Lehrverpflichtungen von 18 Semester-Wochenstunden. Darin zeige sich, daß den Kultusministern nicht daran gelegen sei, einen Lehrkörper zu schaffen, der zur Vermittlung wissenschaftlichen Verhaltens fähig sei. Vielmehr solle den Bedarfsanforderungen der Industrie Rechnung getragen werden, indem ein Lehrkörper geschaffen werde, der nur zur Produktion von Fachidioten in der Lage sei. Auch die „Produktionsmethoden“ seien denen der Industrie angepaßt: Vorarbeiter, Schichtführer, Meister und Direktoren wachten über die Einhaltung des Solls am output gefügiger Hochschulabsolventen. Die BAK erklärte erneut, daß der Lehrkörper der Hochschulen nur aus Assistenzprofessoren auf Zeit und Professoren in Dauerstellung bestehen dürfe und daß alle Angehörigen des Lehrkörpers zur Forschung und Lehre innerhalb ihrer Fachrichtung verpflichtet sein müßten. (nach dpa)

Im Fachbereich Geographie sind ab sofort die Stelle eines

Inspektors (A 9/10)

im gehobenen Beamtendienst und die Stelle einer

Verwaltungsangestellten (BAT VIb)

erforderlich sind gründliche und vielseitige Fachkenntnisse und selbständige Leistungen in allgemeinen Büroarbeiten, Stenographie und Maschineschreiben — zu besetzen. Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Geographie, Seminar für Didaktik Geographie, Frankfurt am Main, Georg-Voigt-Str. 8.

Mit- und Selbstbestimmung

Man braucht kein Marxist zu sein, um zu wissen, daß der Bereich der Wirtschaft natürlich der wichtigste Bereich ist und dessen Demokratisierung eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der politischen Demokratie ist. Es gibt leider keine gründliche wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Zentralisierungs-, Konzentrations- und Hierarchisierungstendenzen in der Arbeitswelt und der politischen Demokratie. Aber jemand, der den wichtigsten Teil seines Lebens, sein Arbeitsleben, in solchen nach quasi militärischen Prinzipien organisierten Gebilden verbringen, kann in seiner „Freizeit“ kein freier, aktiver Demokrat sein.

Wenn man nach den Gründen dieser so sehr beklagten Apathie in der Bundesrepublik und anderen westlichen Demokratien forscht, dann wird man immer wieder darauf stoßen, daß das mit den undemokratischen Strukturen im Arbeitsbereich zusammenhängt. Man wird darauf stoßen, daß jemand, der an seinem Arbeitsplatz wo er sachverständig ist, wo er enge Beziehungen einget, wo das Zentrum wichtiger Lebensinteressen liegt, Untertan ist, und außerhalb der Arbeit ein entsprechendes Verhalten an den Tag legt.

Die Demokratisierung der Arbeitswelt wird aber nicht durchführbar oder jedenfalls nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht als Teil eines Demokratisierungsprozesses verstanden wird, der alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens erfaßt.

Das gilt vor allem auch für das Bildungswesen. So ist im sozialdemokratischen Reformvorschlag für das Bildungswesen vorgesehen, daß es in den großen Gesamtschulen dem einzelnen jungen Menschen überlassen sein soll, was er lernen will. Nur, wenn schon der Schüler lernt in selbständigen Arbeitsgruppen demokratisch mit anderen zu kooperieren, wird er auch Schritt für Schritt Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungsfreudigkeit entfalten. Ein junger Mensch, der durch ein solches Erziehungswesen gegangen ist, wird natürlich ganz andere Ansprüche stellen, wenn er in das Arbeitsleben eintritt. Er wird undemokratische und unwürdige Verhältnisse am Arbeitsplatz und anderswo dann ebenso selbstverständlich nicht dulden, wie sie bis heute von vielen noch als selbstverständlich hingenommen werden.

Wir können nun aber die Demokratisierung der Arbeitswelt nicht so lange zurückstellen, bis alle anderen Bereiche demokratisch sind. Die Forderung nach Mitbestimmung ist ein Anfang. Aber man darf nicht glauben, daß Mitbestimmung nun als Integrationsinstrument betrachtet werden kann. Sie kann nur als Schritt zur Selbstbestimmung aufgefaßt werden. Diese von uns erstrebte Gesellschaft sollte möglichst viele Elemente direkter, unmittelbarer Demokratie enthalten, und sie sollte den Menschen von ungerechtfertigter, durch nichts zu begründender Autorität befreien. Es hat sich auch langsam herumgesprochen, daß Menschen, die an den ihre Arbeit betreffenden Entscheidungsprozessen beteiligt sind, produktiver arbeiten.

Ich meine das nicht um irgendwelchen Verwaltungsspitzen die Mit-

stimmung schmackhafter zu machen. Ich führe dieses gegen das absurde Argument an, wonach es einen Widerspruch zwischen Demokratisierung und Leistungsfähigkeit gibt. Offensichtlich wird die Demokratisierung der Hochschulen, sprich beim nichtwissenschaftlichen Personal, Betrieb oder Fachbereich hier mit Parlamentarisierung verwechselt. Im übrigen sollte niemand glauben, daß man Produktivitätssteigerungen erzielen kann, indem man nur so tut als demokratisiere man das nichtwissenschaftliche Personal, während in Wirklichkeit das Personal nur zur unverbindlichen Diskussion herangezogen wird und unter Umständen auch Verbesserungsvorschläge machen soll, die dann doch nicht honoriert werden müssen. Man will also das Engagement, das Interesse,

die Arbeitsfreude der Leute anregen und ausnutzen, ohne die Macht zu teilen. Das wird aber nicht klappen. Nichts ist frustrierender als Sitzungen, bei denen nichts entschieden wird und Diskussionen, die keine bzw. nur einseitige Folgen haben. Es wird sich zeigen, daß eine wirkliche Mitbestimmung an den Hochschulen für das nichtwissenschaftliche Personal durchgesetzt werden muß, die zur Selbstbestimmung führt.

Eine so verstandene Mitbestimmung ist der nächste logische Schritt zur Demokratisierung der Universitäten. Eigentum mag Verfügungsgewalt über Sachen geben, aber es ist ein Anachronismus, daß heute noch an Hochschulen und Universitäten die Herrschaft über Menschen daraus abgeleitet wird. Es ist skandalös, daß jemand, der zufällig Abteilungsleiter etc. wird, daraufhin und immer das Recht herleiten kann zu bestimmen, was gearbeitet, wie gearbeitet und wo gearbeitet wird, wen er einstellt, wen er befördert, wen er versetzt, wen er entläßt.

Es ist skandalös, daß dieses Recht noch immer stärker ist als die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit ihrer Arbeitskraft in den Universitäten engagiert sind.

Wolfgang Lakomy

Die Dekanate der 19 Fachbereiche

Fachbereich:

1 — Rechtswissenschaften
Senckenberganlage 31, Juridicum, II. Stock, Tel.: 7 98 - 22 01 und 23 01
Dekan: Prof. Dr. Hans-Joachim Mertens

Prodekan: Prof. Dr. Spiros Simitis
Prädekan: Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp
Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 12—13 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

2 — Wirtschaftswissenschaften
Mertonstraße 17—25, Zimmer 16—24
Tel.: 7 98 - 22 05, 23 05, 35 05
Dekan: Prof. Dr. Rudolf Gümbel
Prodekan: Prof. Dr. Hans-J. Krupp
Prädekan: Prof. Dr. Fritz Abb
Sprechzeiten:
Dekan: Donnerstag 15—16 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 10—12 Uhr

3 — Gesellschaftswissenschaften
z. Z.: Schwindstraße 8
Tel.: 7 98 - 24 95
Dekan: Prof. Dr. Lothar Schmidt
Prodekan: Prof. Dr. Helga Grebing
Prädekan: ./.
Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 15—16 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 10—12 Uhr und nach Absprache

4 — Erziehungswissenschaften
z. Z.: Frauenlobstraße 5 (ab etwa Frühjahr 1972)
Ginnheimer Landstraße (noch o. Nr.)
Tel.: 7 98 - 35 79 und 22 78
Dekan: Prof. Dr. Rainer Ballreich
Prodekan: Prof. Dr. Klaus Mollenhauer
Prädekan: ./.
Sprechzeiten:
Dekan: Mittwoch 12—13 Uhr (Frauenlobstraße 5)
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

5 — Psychologie
Kettenhofweg 128
Tel.: 7 98 - 24 88
Dekan: Prof. Dr. Friedrich Matthaei
Prodekan: Prof. Dr. Waltraut Küppers
Prädekan: ./.

Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 9.30—10.30 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 10—12 Uhr

6 — Religionswissenschaften
Varrentrappstraße 47, II. Stock
Tel.: 7 98 - 35 38
Dekan: Prof. Dr. Dieter Stoodt
Prodekan: Prof. Dr. Hans-Wolfgang Offe

Prädekan: Prof. Dr. Rudolf Pesch
Sprechzeiten:
Dekan: Donnerstag 10—11 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

7 — Philosophie
Dantestraße 4—6, II. Stock, Zi. 201/202
Tel.: 7 98 - 21 60
Dekan: Prof. Dr. Herbert Schnädelbach
Prodekan: Prof. Dr. Heinz Röttges (Tel.: 21 62, Zi. 203)
Prädekan: Prof. Dr. Julius Schaaf (Tel.: 28 65, Zi. 208)

Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 14—16 Uhr (Zi. 201)
Prodekan: Donnerstag 14—16 Uhr (Zi. 203)
Prädekan: Montag 10—12 Uhr (Zi. 208)
Dekanat: Montag—Freitag 10—12.30 Uhr

8 — Geschichtswissenschaften
Mertonstraße 17—25, Universitäts-Hauptgebäude, Zi. 144
Tel.: 7 98 - 22 03 und 35 03
Dekan: Prof. Dr. Richard Freyh (Tel.: 23 03)
Prodekan: Prof. Dr. Hermann Müller-Karpe
Prädekan: Prof. Dr. Friedrich Hermann Schubert

Sprechzeiten:
Dekan: Freitag 10—12 Uhr
Dekanat: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 9—12 Uhr

9 — Klassische Philologie und Kunstwissenschaften
z. Z.: Gräfstraße 76, Philosophicum, VI. Stock, Zi. 613
Tel.: 7 98 - 21 73
Dekan: Prof. Dr. Herbert Eisenberger
Prodekan: Prof. Dr. Ludwig Finscher

Rechtswissenschaften

Prof. Dr. Herbert Fenn wurde zum ordentlichen Professor (Zivilrecht) an der Universität Bonn ernannt.

Dr. Hans-Leo Weyers (bisher Universität Tübingen) wurde zum Professor H4 (Bürgerliches Recht) ernannt.

Wirtschaftswissenschaften

Priv.-Doz. Dr. Dieter Schäfer hat im Wintersemester 1971/72 einen Lehrauftrag für „Soziale Sicherungssysteme“ am Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg übernommen.

Frau Prof. Dr. Wilhelmine Dreissig (bisher FU Berlin) wurde zum Professor H4 (wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik) ernannt.

Priv.-Doz. Dr. Helga Pollak hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen erhalten.

Religionswissenschaften

Priv.-Doz. Dr. Armin-Ernst Buchrucker wurde die Bezeichnung Honorarprofessor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität verliehen.

Neuere Philologien

Dr. Valentin Merkelbach wurde zum Professor H2 (Didaktik der Deut-

schen Sprache und Literatur) ernannt.

Dr. Ursula Walz wurde zur Professorin H3 (Didaktik der Deutschen Sprache und Literatur) ernannt.

Mathematik

Dr. Florian Constantinescu wurde zum Professor H3 (Mathematik) ernannt.

Biochemie und Pharmazie

Prof. Dr. Hans G. Maier hat einen Ruf auf die ordentliche Lehrkanzel für Lebensmittelchemie und -technologie der Technischen Hochschule in Wien erhalten.

Biologie

Prof. Dr. R. Lotz, Leiter der Forschungsgruppe für Extraterrestrische Biologie, wurde auf der COSPAR-Tagung 1971 (Seattle, USA) in die Internationale Kommission für Gravitationsphysiologie gewählt. Anlässlich der 10. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin am 2. November 1971 in Bad Godesberg wurde er erneut in den Vorstand berufen. Er hat als deutsches Mitglied eines vorbereitenden Ausschusses des Europarates an der konstituierenden Sitzung für eine europäische Kooperation in der Weltraumphysiologie am 10. November 1971 in Paris teilgenommen.

Prädekan: Prof. H. Willi Wirth
Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 15—16 Uhr und nach Vereinbarung
Dekanat: ./ (keine Sekretärin, kein Raum)

10 — Neuere Philologien
z. Z.: Georg-Voigt-Straße 10, Erdg., ab etwa Dezember 1971/Januar 1972: Georg-Voigt-Straße 12, I. Stock
Tel.: 7 98 - 35 64
Dekan: Prof. Dr. Klaus Doderer
Prodekan: Prof. Dr. Helmut Brackert

Prädekan: Prof. Dr. Martin Christadler
Sprechzeiten:
Dekan: Mittwoch 11—12 Uhr
Dekanat: Montag—Donnerstag 9—13 Uhr, 14—16 Uhr, Freitag 9—12 Uhr

11 — Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
Dantestraße 4—6, IV. Stock, Zi. 407
Tel.: 7 98 - 28 59 (Geschäftszimmer)
Dekan: Prof. Dr. Horst Wilfried Brands (Tel.: 28 58)
Prodekan: Prof. Dr. Otto Karow (Tel.: 21 77)
Prädekan: Prof. Dr. Olexa Horbatsch (Tel.: 25 27)

Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag 11—12 u. 15—16 Uhr
Prodekan: Dienstag 9—12 Uhr (Dantestraße 4, Zi. 601)
Prädekan: Donnerstag 11—13 Uhr (Gräfstraße 74, Zi. 112)
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

12 — Mathematik
Robert-Mayer-Straße 6—8, II. Stock, Zi. 216
Tel.: 7 98 - 23 09
Dekan: Prof. Dr. Wolfgang Franz
Prodekan: Prof. Dr. Gerhard Burde
Prädekan: Prof. Dr. Hans Kerner
Sprechzeiten:
Dekan: Dienstag u. Freitag 11—12 Uhr
Dekanat: Dienstag und Donnerstag 9—12 Uhr

13 — Physik
z. Z.: Robert-Mayer-Straße 8, I. Stock,

Zi. 114 (im Inst. für Theoret. Physik)
Tel.: 7 98 - 23 31

Dekan: Prof. Dr. Harry Thomas (Tel.: 23 34)
Prodekan: Prof. Dr. Erwin Schopper
Prädekan: Prof. Walter Jung
Sprechzeiten:
Dekan: Mittwoch 10—12 Uhr
Dekanat: ./ (keine Sekretärin, kein Raum)

14 — Chemie
Robert-Mayer-Straße 7—9, I. Stock, Zi. 227 (im Inst. für Organ. Chemie)
Tel.: 7 98 - 29 89

Dekan: Prof. Dr. Walter Ried (Tel.: 23 22)
Prodekan: Prof. Dr. Karl Hensen (Tel.: 34 33)
Prädekan: Prof. Dr. Walter Sterzel (Tel.: 25 73)
Sprechzeiten:
Dekan: Freitag 9—10 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 10—12 Uhr

15 — Biochemie und Pharmazie
z. Z.: Mertonstraße 17—25, Zi. 101
Tel.: ./.
Dekan: Prof. Dr. Hugo Fasold (Tel.: 7 98 - 60 61, Inst. für Biochemie)
Prodekan: Prof. Dr. Herbert Oelschläger
Prädekan: Prof. Dr. Karl Thoma
Sprechzeiten:
Dekan: nach Vereinbarung
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

16 — Biologie
Siesmayerstraße 70, Zi. 118
Tel.: 7 98 - 48 30
Dekan: Prof. Dr. Volkmar Lange (Tel.: 47 71)
Prodekan: Prof. Dr. August Ried (Tel.: 47 46)
Prädekan: Prof. Dr. Wilfried Hanke (Tel.: 47 04)
Sprechzeiten:
Dekan: Donnerstag 10—13 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 9—13 Uhr

17 — Geowissenschaften
Senckenberganlage 32—34, Zi. 222
Tel.: 7 98 - 26 91
Dekan: Prof. Dr. Klaus-Peter Vogel (Tel.: 21 07)
Prodekan: Prof. Dr. Hans-Walter Georgii (Tel.: 24 78)
Prädekan: Prof. Dr. Arno Semmel (Tel.: 24 01)

Sprechzeiten:
Dekan:
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr

18 — Geographie
Tel.:
Dekan: Prof. Dr. Heinrich Jäger
Prodekan: Prof. Josef Matzner (Tel.: 35 69)
Prädekan: ./.
Sprechzeiten:
Dekan:
Dekanat:

19 — Humanmedizin
Ludwig-Rehn-Straße 14
Tel.: 7 98 - 22 02, 60 10
Dekan: Prof. Dr. Otto Hövels
Prodekan: Prof. Dr. Hans-Joachim Müller
Prodekan: Prof. Dr. Peter-Alex. Fischer
Sprechzeiten:
Dekan: Mittwoch 10—11 Uhr
Dekanat: Montag—Freitag 9—12 Uhr und Mittwoch 14—17 Uhr

Juso-Gruppe an der Uni?

Wie in der letzten Ausgabe des „Sozialdemokraten“ berichtet wurde, können interessierte Jungsozialisten eventuell im Rahmen einer zu gründenden Juso-Gruppe an der Frankfurter Uni, Fachbereich Jura, mitarbeiten.

Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ist die Stelle einer

Dozentur (H 2)

zu besetzen. Der Stelleninhaber soll Soziologe sein, der soziologische Aspekte der Sozialarbeit und der Sozialpolitik in der Lehre darstellen und in der Forschung arbeiten kann. Er sollte sich insbesondere mit soziologischen Theorien der Devianz und der sozialen Kontrolle befassen. Kontakte zur Sozialarbeit sind erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 3. Januar 1972 an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Schwindstraße 8, zu richten.

Ab 1. Januar 1972 ist im Geographischen Institut — Fachbereich Geowissenschaften — die Stelle eines

Ingenieurs

für Landkartentechnik zu besetzen. Die Besoldung erfolgt nach BAT Va. Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis zum 31. Dezember 1971 zu richten an das Geographische Institut (Physische Geographie) der Universität, 6 Frankfurt am Main, Senckenberganlage 36.

Im Fachbereich Rechtswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ist die Stelle einer

Sekretärin

(Vergütung nach BAT VI b und sonstige Vorteile des öffentlichen Dienstes) sofort oder zum Jahresbeginn zu besetzen. Bitte, setzen Sie sich mit uns in Verbindung: Telefon: 7 98 — 36 18.

Am Institut für Kristallographie ist zum 1. Januar 1972 die Stelle einer

physikalisch-technischen Assistentin (BAT VIb)

zu besetzen. Es wird die Einarbeitung in Methoden physikalisch-technischer Messungen sowie der Datenverarbeitung auf dem Gebiet der Kristallstrukturforschung erwartet. Bewerbungen sind zu richten an den Direktor des Instituts für Kristallographie, Senckenberganlage 30, Telefon: 7 98 — 21 00.